

Richtlinienmotion V2538 (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen": Bericht zu den Schnittstellen in der Gemeindeverwaltung

Kenntnisnahme und Abschreibung; Direktion Präsidiales und Finanzen

1. Ausgangslage

Mit der Erheblicherklärung der Richtlinienmotion V2538 hat das Parlament den Gemeinderat beauftragt, einen Bericht mit einer Übersicht über die Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung zu erstellen, anhand von sechs Fragen, die im Motionstext formuliert sind.

Der Gemeinderat kommt mit dem vorliegenden Bericht diesem Auftrag nach. Der Bericht ist entlang der in der Motion formulierten Fragen gegliedert. Wie in der Antwort des Gemeinderats zur Motion 2538 aufgeführt, ist der Bericht - angesichts des engen Zeitrahmens - in einem verhältnismässigen Rahmen und Umfang gestaltet.

Parallel zum vorliegenden Bericht legt der Gemeinderat dem Parlament an derselben Sitzung als separaten Antrag eine Anpassung der Verwaltungsorganisationsreglements vor, mit Fokus auf die Neuordnung der Planung und Finanzen sowie weiteren Anpassungen (Neuorganisation des Facility Management, Neuordnung der Badeanlagen, Neubenennung Sekretariats- und Stabsdienste). Darin werden die geplanten Anpassungen des VOR näher erläutert und zugleich werden, wie an der Parlamentsdebatte vom 9. Februar 2026 verlangt, im dazugehörigen Bericht zusätzliche Ausführungen zu geplanten, laufenden und bereits durchgeführten Organisationsentwicklungsprozessen aufgeführt.

2. Finanzen

Die Kosten für die externe Unterstützung zur Vorbereitung des vorliegenden Schnittstellenberichts (Umsetzung Motion V2538) sowie der parallel dem Parlament beantragten Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR) belaufen sich auf ca. CHF 15'000.

3. Abschreibung

Gemäss dem Geschäftsreglement des Parlaments werden Motionen mit Richtliniencharakter nach der traktandierten Behandlung der gemeinderätlichen Berichterstattung im Parlament stillschweigend abgeschrieben.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

1. Das Parlament nimmt Kenntnis vom Bericht zu den Schnittstellen in der Gemeindeverwaltung Köniz - Umsetzung der Motion V2538 (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"

Köniz, 29. April 2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen", Beantwortung des Gemeinderats vom 7.1.2026 und Parlamentsbeschluss vom 9.2.2026
- 2) Bericht zu den Schnittstellen in der Gemeindeverwaltung – Umsetzung der Motion V2538 (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen" mit Beilage (Analyse der wichtigsten Schnittstellen in der Verwaltung)



Parlamentssitzung Nr. 2 vom 09.02.2026

Protokollauszug

V2538 Dringliche Motion (GPK) "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"

Beantwortung; Direktion Präsidiales und Finanzen

Vorstosstext

Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden.

Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor.

Begründung

Die letzte grosse Direktionsreform wurde im Jahr 2010 in Kraft gesetzt, als die Anzahl Gemeinderatsmitglieder von sieben auf fünf verkleinert wurde. In den letzten zehn Jahren wurden wiederholt Vorstösse eingereicht, die auf eine erneute Direktionsreform abzielten. Die ersten beiden Vorstösse (Motion V1603 und Motion V1725) wurden vom Parlament abgelehnt.

Die Motion V2127 («Eine moderne Gemeinde braucht eine adäquate, schlanke, effiziente und kostengünstige Verwaltungsstruktur») wurde hingegen erheblich erklärt. Diese Motion beinhaltete die Erarbeitung eines Plans mit sechs Zielen. Eines der Ziele war eine Direktionsreform («Anpassung der Strukturen an die aktuellen Bedürfnisse der Gemeinde»). Dieses Ziel aber verwarf der Gemeinderat recht früh im Umsetzungsprozess. Der Gemeinderat beschränkte sich auf eine Verwaltungsreform, also eine Steigerung von Effizienz und Effektivität der Verwaltungsprozesse. Mit der Verwaltungsreform wurde wertvolle Arbeit geleistet. Betreffend Direktionsreform aber blieb alles beim Alten.

Im Wesentlichen besteht die heutige Direktionsaufteilung mittlerweile seit 16 Jahren. Wie der Gemeinderat schon im Zwischenbericht zur Umsetzung von Motion V2127 festhielt, ist eine Direktionsreform «primär eine politische Frage». Der Gemeinderat begründete seinen Entscheid, keine Direktionsreform durchzuführen, mit einem «Benchmark zur Organisationsstruktur von mit Köniz vergleichbaren ausgewählten Gemeinden».

Am 18. November 2025 publizierte der neu gewählte Gemeinderat eine Medienmitteilung, in der festgehalten wurde, dass die Finanzabteilung und die Planungsabteilung die Plätze tauschen sollen. Damit stellt der neue Gemeinderat in Aussicht, nun doch eine Direktionsreform zu befürworten. Ob und wie die Direktionsreform umgesetzt wird, liegt in der Kompetenz des Parlaments.

Nach den Gesamterneuerungswahlen vom 28. September 2025 besteht der neue Gemeinderat aus fünf Mitgliedern, die alle potenziell 12 Jahre im Gemeinderat bleiben können. Die Geschäftsprüfungskommission ist der Ansicht, dass damit der richtige Zeitpunkt für eine Direktionsreform gekommen ist. Erstens, weil die letzte Direktionsreform 15 Jahre her ist und sich die Verwaltung seither weiterentwickelt hat. Zweitens, weil der neue Gemeinderat Offenheit für eine Direktionsreform zeigt. Und drittens, weil sich der neue Gemeinderat genug Zeit für dieses Projekt nehmen kann.

Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission ist es aber unerlässlich, dass dem Parlament für den von ihm zu fällenden Beschluss fundierte Entscheidungsgrundlagen vorgelegt werden. Zu diesem Zweck soll der Gemeinderat einen Bericht erarbeiten. Der verlangte Bericht soll mindestens auf folgende Fragen Antwort geben;

1. Welche Schnittstellen bestehen zwischen den Abteilungen?
2. Wie häufig wird über diese Schnittstellen direktionsübergreifend zusammengearbeitet?
3. Wie viel Mehraufwand generiert diese Zusammenarbeit, weil die beiden miteinander kommunizierenden Abteilungen nicht in der gleichen Direktion angesiedelt sind?
4. Gibt es noch weitere relevante Faktoren, die für einen Verbleib oder für einen Wechsel der Abteilung in einer Direktion sprechen?

Diese vier Fragen sollen für sämtliche Abteilungen beantwortet werden.

5. Wie ausgewogen ist die Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen?
6. Welches sind die Vor- und Nachteile der Vorgaben zur Organisationsstruktur in GO und VOR, über die der Gemeinderat nicht selbst bestimmen kann? Ist die Flexibilität heute ausreichend?

Begründung Dringlichkeit

Der Bericht soll zusammen – oder vorgängig – mit der vom Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements dem Parlament vorgelegt werden. Dies hat der neu gewählte Gemeinderat bereits für Sommer 2026 angekündigt. Deshalb muss die vorliegende GPK-Motion dringlich behandelt werden.

Eingereicht

01.12.2025

Unterschrieben von 21 Parlamentsmitgliedern

Monika Röthlisberger, Toni Eder, Janka Hamm, Sandra Röthlisberger, Isabelle Steiner, Casimir von Arx, Christine Müller, Florian Moser, Roland Akeret, Andrea Winzenried, Fabienne Marti Locher, Laura Hoffman, Roger Tanner, Sladjan Petrovic, Sara Gasser, Arlette Mürger, Andreas Hauser, Roland Hofer, Reto Zbinden, Matthias Müller, Katja Streiff

Antwort des Gemeinderates

1. Formelle Prüfung

Mit der Erheblicherklärung dieser Motion gibt das Parlament dem Gemeinderat eine Richtlinie vor (Beilage 1 Motionsprüfung vom 12. Dezember 2025).

2. Bericht

In der Vergangenheit wurde die Aufgabenteilung der Direktionen mehrfach im Gemeinderat und im Parlament thematisiert. Der neu gewählte Gemeinderat hat diese Frage im Rahmen der Direktionszuteilung an der konstituierenden Sitzung ebenfalls diskutiert und beschlossen, die Aufgaben Finanzen und Planung im Wechsel der jeweils anderen Direktion zuzuordnen. Die Finanzen sollen somit neu der bisherigen Direktion Planung und Verkehr unter der Leitung von Dominic Amacher zugeordnet werden, die Planung soll neu zur Präsidialdirektion unter der Leitung von Gemeindepräsidentin Tanja Bauer gehören. Der neu gewählte Gemeinderat ist der Ansicht, dass der Beginn der Legislatur mit drei neuen Mitgliedern der richtige Zeitpunkt ist, diese Anpassung vorzunehmen.

Eine Trennung des Präsidiums und der Finanzen ist nach Ansicht des neu gewählten Gemeinderats für eine längerfristige Stabilisierung und breitere Abstützung sinnvoll. Die Zuordnung der Planung zum Präsidium soll die Ausgewogenheit und die langfristige Entwicklung der Gemeinde gewährleisten; auch andere grosse Berner Gemeinden haben in den letzten Jahren diesen Wechsel vorgenommen. Von einer grösseren Direktionsreform sieht der neugewählte Gemeinderat ab, da der Nutzen kaum vorhanden und der Zusatzaufwand unverhältnismässig wäre.

Da die Aufgaben der Direktionen im Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) festgelegt sind, wird der neu gewählte Gemeinderat diese Anpassung dem Parlament mittels Antrags zur Anpassung des VOR zum Beschluss vorlegen.

Mit der vorliegenden Motion wird verlangt, dass der Gemeinderat parallel zum angekündigten Antrag zur Anpassung des VOR einen Bericht mit einer Übersicht über die Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung erarbeitet, in dem auch hervorgeht, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden. In der Motionsbegründung sind hierzu zudem mehrere konkrete Fragen formuliert.

Der neu gewählte Gemeinderat plant, die angestrebte Änderung des VOR dem Parlament im 1. Semester 2026 vorzulegen. Im Geschäft sollen die Begründungen näher erläutert werden. Der Gemeinderat ist gerne bereit, parallel dazu dem Parlament einen Bericht zu den Schnittstellen in der Verwaltung vorzulegen, bei welchem er auch die in der Motionsbegründung aufgeführten Fragen - angesichts des engen Zeitrahmens in einem angemessenen Rahmen und Umfang - beantwortet.

3. Finanzen

Für die Arbeiten zur Erstellung des Berichts müsste aufgrund der kurzen Fristen externe Unterstützung beigezogen werden. Hierfür muss mit zusätzlichen Kosten von ca. CHF 15'000 gerechnet werden.

Antrag

Der Gemeinderat beantragt dem Parlament, folgenden Beschluss zu fassen:

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

Köniz, 07.01.2026

Der Gemeinderat

Beilagen

- 1) Formelle Prüfung der Motion vom 12. Dezember 2025

Diskussion

Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne: Bei diesem Geschäft handelt es sich um eine Beantwortung durch die Direktion Präsidiales und Finanzen.

Erstunterzeichnerin, Monika Röthlisberger, Grüne: Besten Dank dem Gemeinderat und der Verwaltung für die Erarbeitung der Unterlagen und für die positive Aufnahme unseres Vorstosses.

Zuerst einige Worte zur Entstehungsgeschichte dieser Motion: An ihrer Sitzung Ende November 2025 hat sich die GPK in einer Situation wiedergefunden, in welcher ihr der Gemeinderat, welcher in der letzten Legislatur im Amt war, einen Bericht über die Direktionsreform vorgelegt hat, welcher besagte, der Gemeinderat sieht keinen Bedarf für eine Änderung in der Struktur der Direktionen in der Gemeinde Köniz, denn vergleichbare Gemeinden hätten eine ähnliche Struktur.

Einige Tage zuvor, hatte der neue Gemeinderat, welcher jetzt im Amt ist, seine Direktionsverteilung kommuniziert und gleichzeitig bekannt gegeben, dass die Planungsabteilung in die Direktion Präsidiales und Finanzen und die Finanzen – quasi als Gegengeschäft – in die Direktion Planung und Verkehr wechseln würde, denn vergleichbare Gemeinden hätten eine ähnliche Struktur.

Die Kommission hat diskutiert, wie man jetzt mit dieser Situation umgehen will: Den Bericht zurückweisen, mit dem Auftrag, ihn an die aktuelle Kommunikation anzupassen? Ihn durchzuwinken, wie wenn nichts wäre? Oder was sonst? Man hat diskutiert, ob es im Parlament als Begründung ausreichen würde, dass neue Leute schlicht die Situation anders sehen oder bereit für Veränderungen sind, um gleich ganze Abteilungen zu verschieben. Ob es ausreicht, dass man bei ausgewählten Gemeinden schaut, wie sie dies machen, um so eine Verschiebung zu rechtfertigen. Und man war sich bewusst, dass das Verwaltungsorganisationsreglement - welches für eine solche Direktionsreform einer Anpassung bedarf - durch das Parlament wird genehmigt werden müssen. Was braucht das Parlament für eine solche Genehmigung als Entscheidungsgrundlage?

Die GPK hat entschieden, die alte Geschichte abzuschliessen und den Bericht des bisherigen Gemeinderates durchzuwinken. Zusätzlich hat sie eine Kommissionsmotion eingereicht, welche den neuen Gemeinderat beauftragt, mehr Entscheidungsgrundlagen zu erarbeiten, so dass das Parlament

1. besser überprüfen kann, ob dieser Wechsel Sinn macht und
2. die Möglichkeit hat, eigene Schlussfolgerungen zur Direktionsstruktur zu ziehen.

Auf der Grundlage dieses Berichts, soll der Gemeinderat aufzeigen, was die Konsequenzen dieser Änderung sind und Schlussfolgerungen ziehen, ob dieser Abteilungstausch Sinn macht oder nicht. Und ob im Sinne einer gut funktionierenden Verwaltungsstruktur allenfalls weitere Abteilungen die Direktion wechseln sollten.

Die GPK ist der Meinung, dass die Schnittstellen nicht a priori gut oder schlecht sind oder dass man möglichst wenige Schnittstellen zwischen den Direktionen haben sollte. Sie verspricht sich aber von einem solchen Inventar der – Achtung – *wichtigsten* Schnittstellen und von den Antworten zu ihren weiteren Fragen, einen Überblick über die direktionsübergreifende Zusammenarbeit und Prozesse. Diese Auslegeordnung kann nicht nur dem Parlament, sondern auch den neuen Gemeinderatsmitgliedern einen gewissen Überblick verschaffen. Und idealerweise verhindert sie einen Schnellschuss.

Der GPK ist es wichtig, dass der Gemeinderat zuerst den Bericht erarbeitet und dem Parlament vorlegt. Die Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements soll er erst in einer späteren Parlamentssitzung bringen. So hätten alle Beteiligten Zeit, die neuen Informationen durchzudenken und in ihre Entscheidungen einzubeziehen. Das Parlament hätte die Möglichkeit, allenfalls Planuserklärungen einzubringen. Der Bericht soll die Basis für eine allfällige Reform bilden und nicht umgekehrt. Die GPK ist der Meinung, dass sich der Gemeinderat schon noch etwas Zeit für dieses Geschäft nehmen darf, wenn denn jetzt schon mal ein Zeit- und Motivationsfenster für eine Direktionsreform offen ist.

Bei der Lektüre der Antwort des Gemeinderates, hat sich die GPK aber doch noch eine Frage gestellt: Ist der Gemeinderat wirklich der Meinung, CHF 15'000 reichen aus, um einen qualitativen guten Bericht zu erstellen? Uns dünkt dies billig und wir würden durchaus auch einen höheren Betrag mit einer entsprechend profunderen Analyse begrüßen. Der Bericht soll Problemstellungen und die Schlussfolgerungen daraus aufzeigen – ergebnisoffen.

Doch jetzt hören wir auf, reinzureden. Wir debattieren hier – bezogen auf den geforderten Bericht – eine Richtlinie und überlassen das Weitere dem Gemeinderat.

Die GPK beantragt, dem Antrag des Gemeinderates zu folgen und die Richtlinienmotion erheblich zu erklären.

Fraktionssprecher Grüne/Junge Grüne, David Müller, Grüne: Ich nehme es vorneweg: Die Fraktion der Grünen und Jungen Grünen unterstützt den Antrag auf Erheblicherklärung.

Diesem Entscheid sind in der Fraktionssitzung allerdings einige Diskussionen vorangegangen. Wir sind zwar auch der Meinung, dass eine Änderung in der Zusammensetzung des Gemeinderats grundsätzlich ein guter Zeitpunkt ist, sich über die Aufteilung der Direktionen Gedanken zu machen. Wir finden allerdings, dass so ein Wechsel der Zuständigkeiten auf Basis einer fundierten Analyse erfolgen sollte und bezweifeln, dass dies in der kurzen Zeit bis im Sommer und eben mit diesem Budget – es wurde bereits angesprochen – möglich ist. Eine externe Unterstützung ist dabei zentral, auch um Lücken in der Analyse, welche potentiell aufgrund von Eigeninteressen der jeweiligen Amtsinhaber:innen entstehen könnten, zu vermeiden. Eine Analyse der Schnittstellen ist dabei sinnvoll, aber auch eine vertiefte Prüfung von Varianten für eine ausgeglichene Aufteilung der Verwaltungseinheiten hinsichtlich Aufwand, Gestaltungsspielraum und politischer Macht wäre zielführend, nicht bloss ein selektives Prüfen einzelner Aspekte. Wir regen darum den Gemeinderat an, sich über den bereits kommunizierten Abtausch zwischen der DPF und der DPV ernsthafte Gedanken zu weiteren Anpassungen zu machen. Wir sehen weiterhin Potenzial für bessere Nutzung von Synergien und eine ausgeglichene Aufteilung zwischen den Direktionen.

Fraktionssprecher SP, Lennart Koch, SP Männer: Die SP-Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderats, die Richtlinienmotion erheblich zu erklären, zu.

Für uns geht es um eine einfache Frage: Wollen wir über angekündigte organisatorische Anpassungen mit oder ohne klare Grundlage zur Meinungsbildung diskutieren? Für uns ist es sinnvoll, denn wenn das Parlament über die künftige Organisation entscheidet, müssen wir verstehen, wie diese Zusammenarbeit heute im Alltag funktioniert. Und nicht nur auf dem Organigramm. Wichtig ist uns also folgendes:

- Es reicht nicht einfach nur, Schnittstellen aufzuzählen, der Bericht soll auch die Zusammenarbeit klären. Also die Zuständigkeiten, Abläufe und die wesentlichen Prozesse. So wird die Organisation nachvollziehbar.
- Und der Bericht soll auch offensichtliche Ressourcen-Engpässe sichtbar machen, welche durch Doppelspurigkeiten, unklare Zuständigkeiten oder hohem Koordinationsaufwand verursacht werden können. Das muss ersichtlich werden.
- Für uns ist zentral, dass der Bericht zeitgleich mit der Reform vorliegt. So, dass das Parlament ihn vor der Beratung von allfälligen Anpassungen des Verwaltungsorganisationsreglements auswerten kann. Ansonsten diskutieren wir über eine Reform, ohne die nötigen Grundlagen.

An den Gemeinderat vorab herzlichen Dank für die Beantwortung und dass ihr diese Motion unterstützt. Das schafft Transparenz und verbessert die Entscheidungsfähigkeit des Parlaments. Und darum unterstützen wir den Antrag einstimmig.

Fraktionssprecher EVP-GLP-Mitte, Toni Eder, Die Mitte: Die Mitte-Fraktion EVP-GLP-Mitte stimmt dem Antrag des Gemeinderates einstimmig zu. Ich wiederhole das Votum der GPK-Präsidentin nicht, zeige aber auf, was für die Mitte-Fraktion zentral ist:

Für uns ist wichtig, dass der Bericht zu den Schnittstellen zeitlich vor dem Antrag auf die Änderung des Verwaltungsorganisationsreglements vorliegt. Nur so können wir Schlussfolgerungen ziehen, um danach über die Reorganisation zu entscheiden.

Also: Der Bericht soll die Basis für eine Reform darstellen – und nicht umgekehrt. Der Bericht soll die Problemstellung aufzeigen, fundiert und qualitativ hochwertig sein.

Ich möchte noch betreffend Schnittstellen folgendes hervorheben: Man könnte meinen es gehe darum alle Schnittstellen in einer einzigen Abteilung resp. Direktion zu haben. Das ist nicht so. Es kann auch durchaus das Ziel sein, Schnittstellen zu andere Direktionen zu bilden, aber man muss wissen, wo diese sind.

Wichtig ist viel mehr, dass es im Sinne einer Produktesicht – was sind die Kernprodukte der Verwaltung von Köniz und den einzelnen Abteilungen – darum geht, die effizienteste Bündelung vorzunehmen. Das soll nicht nur auf die geplante Verschiebung der Finanzen und Planung reduziert sein. Die Qualität des Berichts ist wichtiger als die Kosten.

Wie gesagt, die EVP-GLP-Mitte Fraktion stimmt dem Antrag des Gemeinderates zu.

Fraktionssprecher SVP, Benjamin Marti, SVP: Auch von Seiten der SVP-Fraktion zuerst das Formelle: Wir werden dieser Motion einstimmig zustimmen. Wenn ich jetzt die Haltung der SVP zu diesem Thema darlege, dann mache ich das auch im Hinblick auf die kommende Teilrevision

des Verwaltungsorganisationsreglements. Das Thema der Schnittstellen ist gemäss unserer Diskussion in der Fraktion eines mit einer Geschichte - es gibt also einen Ursprung dieses Schnittstellenthemas. Und das ist nämlich der Eindruck von zum Teil mangelhafter Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und den Abteilungen. Es gibt eine Wahrnehmung von Silos oder Gärten, je nachdem, welches Sprachbild einem besser gefällt. Darum unterstützt die Fraktion die Forderung dieser Motion, dass man als Voraussetzung für die Anpassung der Direktionszuteilung diesen Blick auf die Schnittstellen macht.

Zum Thema der Ausgewogenheit in der Aufgabenverteilung in den Direktionen, da fällt der SVP auf, dass der Gemeinderat in seiner Antwort kaum Aussagen dazu macht. Aus Sicht der SVP ist der Gemeinderat in seiner Antwort in verschiedener Hinsicht aber erstaunlich klar: Er will gar keine eigentliche Direktionsreform, sondern er will einfach einen Abtausch der Themen Finanzen und Planung. Und in der Umsetzung dieses Willens, geht es dem Gemeinderat weder um die Schnittstellen noch um die Ausgewogenheit der Aufgabenverteilung. Die SVP bedauert, dass diese Auslegeordnung des Gemeinderates der letzten Legislatur zu keiner wirklichen Reform geführt hat. Die SVP hätte zu den Themen dieser Motion durchaus ein Potential gesehen. Der heutige Zeitpunkt für eine Reform hält die SVP aber als falsch bzw. als zu spät. Vielmehr spricht die SVP dem neu gewählten Gemeinderat das Vertrauen aus, verbunden mit dem Wunsch und der Erwartung, dass seine Mitglieder in ihrer Führungsrolle den Willen und das Mass der Zusammenarbeit zwischen den Direktionen und Abteilungen positiv beeinflussen werden.

Und damit bin ich bei meinem ersten Votum hier im Könizer Parlament und wieder beim Kern der Motion, nämlich bei den Schnittstellen und dazu möchte ich eine Aussage der GPK-Präsidentin ganz deutlich unterstreichen: Lieber Gemeinderat, bitte bleib in deiner Analyse und beim Bericht bei den *wichtigsten* Schnittstellen und bei jenen, welche tatsächlich vom Abtausch Finanzen und Planung betroffen sind.

Fraktionssprecherin FDP, Selin López, FDP: Gerne werde ich mit einem Kurzvotum die Position der FDP darlegen. Als erstes, die FDP. Die Liberalen unterstützen den Antrag des Gemeinderates.

Wir betrachten die Überprüfung der Schnittstellen bzw. die Analyse im 1. Semester dieses Jahres als sehr zielführend. Schliesslich soll für die Gemeinde in der neuen Legislaturperiode etwas sinnvolles aufgebaut werden, wenn wir schon mal dran sind.

Wir stimmen auch den anfallenden Kosten zu und sehen es als sinnvoll, dass hier Geld investiert wird, da damit auch der eine oder andere Prozess usw. optimiert werden könnte, welcher dann im Ergebnis auch Kostenersparnisse zur Folge haben kann. Falls der vom Gemeinderat angegebene Kostenrahmen von 15K nicht ausreicht, unterstützen wir deswegen auch höhere Ausgaben, da diese schliesslich im laufenden Betrieb eingespart werden können durch Verhinderung z.B. von allfälligen Doppelspurigkeiten und Unklarheiten betreffend Zuständigkeiten. Durch klare Aufteilung von Verantwortlichkeiten und Kompetenzen, wie dies auch in der Privatwirtschaft gelebt wird, kann diese geplante Analyse einen echten Mehrwert für die Gemeinde und schliesslich für die Steuerzahler bedeuten.

Gemeindepräsidentin, Tanja Bauer, SP: Danke für eure engagierten Voten und euer Interesse an diesem Thema. Es ist uns allen auch klar, dass dies ein wichtiges Thema ist. Ich möchte aber trotzdem gerne noch zwei, drei Punkte zur Einordnung sagen, welche ich jetzt gehört habe und welche vielleicht etwas überraschend waren und bei welchen es wirklich auch nötig ist, noch etwas dazu zu sagen.

Zuerst möchte ich etwas zum Votum der GPK-Sprecherin sagen: Es ist so, der Bericht des Gemeinderates bestand aus zwei Teilen – aus der Direktionsreform und aus der Verwaltungsreform. Zur Direktionsreform hat der Gemeinderat bereits zwei Jahre zuvor informiert, das war also ein älterer Teil, das habt ihr bereits gewusst. Das heisst also nicht, dass man zwei Minuten zuvor so entschieden hat und dann so. Der Gemeinderat hat auch nicht einfach gesagt, in anderen Gemeinden ist es ebenfalls so. Der Gemeinderat hat im Bericht gesagt, es ist sehr unterschiedlich und weil wir fünf vollamtliche Gemeinderäte und Gemeinderätinnen in Köniz haben, ist es eigentlich sowieso immer das Gremium, welches entscheidet. Die gute Zusammenarbeit, welche ich am Schluss jetzt noch gehört habe, diese ist relevant. Es ist weniger relevant, wo, was angesiedelt ist, als man vielleicht denkt.

Der Gemeinderat hat diesen Bericht Ende Legislatur abgegeben, vor allem wegen der Verwaltungsreform und in diesem Bericht steht noch deutlich mehr, als das, was man jetzt denken könnte, was von der GPK-Referentin gesagt wurde. Es steht auch noch etwas mehr zur Direktionsreform und zur Zusammenarbeit. Ihr könnt diesen gerne nochmals hervorheben.

Der neue Gemeinderat hat informiert, dass er das Verwaltungsreglement ändern möchte und dies wird dann ins Parlament kommen. Und selbstverständlich wird der Gemeinderat dann ausführlich begründen, warum er dies macht. Diese Begründung habt ihr heute ja noch gar nicht und ihr habt ja auch den Antrag noch gar nicht. Es gibt also auf jeden Fall Grundlagen, auch ohne diese Motion, damit dies für euch klar ist. Wir wollten natürlich nicht einfach nur einen Einzeiler schreiben und dann euren Goodwill. Es ist uns klar, dass wir dies begründen müssen.

Der Gemeinderat hat nicht gesagt, es ist in anderen Gemeinden auch so, sondern der Gemeinderat hat gesagt, es macht durchaus Sinn, über ein kleinere Reform nachzudenken, da jetzt der Zeitpunkt da ist. Und ja, in den grossen Gemeinden wurde dieser Tausch oft gemacht. Doch das ist natürlich nicht der einzige Grund, er hat auch auf die Ausgewogenheit hingewiesen, welche übrigens auch schon lange in der Könizer Politik diskutiert wird. Hierzu einfach noch eine kleine Richtigstellung, dass es durchaus etwas nuancierter war.

Wir begrüßen aber diese Richtlinienmotion als Ergänzung zu diesem Bericht, welchen ihr sowieso bekommt. Ihr werdet eine Begründung erhalten, es wird nicht nur um Schnittstellen gehen. Es wird in dieser Begründung auch erklärt, was genau die Beweggründe des Gemeinderates sind, welche Auswirkungen es hat und so weiter.

Jetzt noch zu den grossen Erwartungen, welche ihr an diese Richtlinienmotion und an diesen Bericht, welcher nicht teuer genug sein kann und nicht lange genug gehen kann, habt: Ich möchte euch kurz euren Motionstext vorlesen, damit wir wissen, was ihr bekommt und damit niemand enttäuscht ist. Da steht nämlich: "Der Gemeinderat erarbeitet einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung. Aus der Übersicht geht hervor, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden." Und genau das werden wir machen.

Und dann ist noch etwas zur Zeitlichkeit, das steht auch drin. Es steht: "Der Gemeinderat legt dem Parlament den Bericht spätestens zusammen mit den vom Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor." Ihr merkt schon, es kamen jetzt bereits wieder ganz viele neue Forderungen, was man noch alles könnte und sollte. Und ich bitte euch, einfach auch an einen anderen Faktor zu denken: Es ist ein Fenster, welches wir haben, aber dieses Fenster ist nicht ewig offen und es ist nicht ewig offen, weil es noch Leute gibt, welche in dieser Verwaltung arbeiten. Man kann diese auch nicht ewig lange im Ungewissen lassen, weil wir vielleicht noch eine Idee haben, was man noch ändern könnte. Und das ist uns wichtig: Es muss eine gewisse Stabilität, eine gewisse Vorhersehbarkeit für die Verwaltung da sein. Und darum versuchen wir, euch zeitnah, so schnell man eine solche Reglementsanpassung in unserem Prozess machen kann, einen Bericht vorzulegen. Das muss ja auch noch in eine Kommission und das sind ziemlich lange Fristen, welche wir einhalten müssen. Wenn wir es vorher schaffen, dann super, aber spätestens dann bekommt ihr auch zusätzlich genau diese Fragen, welche ihr uns hier stellt. Es ist wichtig zu betonen, dass es hier um einen gemeinsamen Entscheid geht und es ist eigentlich auch ein Entscheid für Köniz: Was ist das Beste für die Gemeinde mit unserer Struktur, mit unserer Grösse, mit unserer Verwaltung, wie können wir diese am besten organisieren. Und dass hier vielleicht noch ganz viele andere Ideen kommen, was auch noch gut wäre, das ist wirklich in Ordnung, aber ich bitte euch, auch etwas Augenmass zu halten und euch auf das Hauptthema zu fokussieren. Nämlich: Wie können wir dieses wichtige und grosse Schiff Köniz möglichst gut durch die Gewässer steuern und wie kommen wir möglichst gut zusammen vorwärts.

Ich freue mich, wenn ihr diese dringliche Motion so annehmt und wir haben sicherlich gut zugehört, was euch wichtig ist und wir werden uns Mühe geben, nach Möglichkeiten, euren Erwartungen gerecht zu werden.

Erstunterzeichnerin, Monika Röthlisberger, Grüne: Ich möchte für die gute Aufnahme Danke sagen, über die Parteigrenzen hinweg und ich möchte auch merci für die Präzisierungen der Präsidentin sagen, um dies nochmals etwas in Perspektiven zu setzen und zu ergänzen.

Ich möchte noch kurz wegen der wichtigsten Schnittstellen präzisieren, welche ich angesprochen habe: Die Mehrheit der GPK meint nicht nur die Schnittstellen der Direktionen, welche wechseln, sondern von der ganzen Verwaltung, von allen Direktionen. Die Gemeindepräsidentin hat es zuvor auch nochmals wiederholt oder klargestellt.

Es freut mich zudem besonders, dass wir hier eine Motion haben, bei welcher die FDP findet, das höhere Kosten in Ordnung sind.

Parlamentspräsidentin, Christine Müller, Grüne: Da der Antrag des Gemeinderates in den Voten nicht bestritten wurde, verzichte ich auf eine Abstimmung und erkläre den Antrag auf Erheblichkeitserklärung als angenommen.

Beschluss

Die Richtlinienmotion wird erheblich erklärt.

(Abstimmungsergebnis: stillschweigende Annahme)

Fachstelle Parlament

Köniz, 24.02.2026

Bericht zu den Schnittstellen in der Gemeindeverwaltung Köniz

Umsetzung der Motion V2538 (GPK) - "Grundlagen für die Direktionsreform schaffen"

1. Ausgangslage

Mit Erheblicherklärung der Motion V2538 hat das Parlament den Gemeinderat beauftragt, einen Bericht mit einer Übersicht über alle Schnittstellen zwischen den Abteilungen der Gemeindeverwaltung zu erstellen, aus dem hervorgehen soll, wie häufig und mit welchem Aufwand die Schnittstellen genutzt werden. Dieser Bericht soll gemäss Motionsauftrag dem Parlament spätestens zusammen mit der vom neuen Gemeinderat angekündigten Revision des Verwaltungsorganisationsreglements (VOR) vorgelegt werden.

Der Bericht soll gemäss Begründung im Motionstext dem Parlament für den von ihm zu fällenden Beschluss (Anpassung des VOR) als Entscheidungsgrundlagen dienen. Im Motionstext sind 6 konkrete Fragen aufgeführt:

1. *"Welche Schnittstellen bestehen zwischen den Abteilungen?"*
2. *"Wie häufig wird über diese Schnittstellen direktionsübergreifend zusammengearbeitet?"*
3. *"Wie viel Mehraufwand generiert diese Zusammenarbeit, weil die beiden miteinander kommunizierenden Abteilungen nicht in der gleichen Direktion angesiedelt sind?"*
4. *"Gibt es noch weitere relevante Faktoren, die für einen Verbleib oder für einen Wechsel der Abteilung in einer Direktion sprechen?"*

Diese vier Fragen sollen für sämtliche Abteilungen beantwortet werden.

5. *"Wie ausgewogen ist die Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen?"*
6. *"Welches sind die Vor- und Nachteile der Vorgaben zur Organisationsstruktur in GO und VOR, über die der Gemeinderat nicht selbst bestimmen kann? Ist die Flexibilität heute ausreichend?"*

Der Gemeinderat kommt mit dem vorliegenden Bericht diesem Auftrag nach. Der Bericht ist entlang der in der Motion formulierten Fragen gegliedert. Wie in der Antwort des Gemeinderats zur Motion 2538 aufgeführt, ist der Bericht - angesichts des engen Zeitrahmens - in einem verhältnismässigen Rahmen und Umfang gestaltet.

Parallel zum vorliegenden Bericht legt der Gemeinderat dem Parlament an derselben Sitzung als separaten Antrag eine Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements vor, mit Fokus auf die Neuordnung der Planung und Finanzen sowie weiteren Anpassungen (Neuorganisation des Facility Management, Neuordnung der Badeanlagen, Neubenennung Sekretariats- und Stabsdienste). Darin werden die geplanten Anpassungen des VOR näher erläutert und zugleich werden, wie an der Parlamentsdebatte vom 9. Februar 2026 verlangt¹, im Bericht zusätzliche Ausführungen zu geplanten, laufenden und bereits durchgeführten Organisationsentwicklungsprozessen aufgeführt.

Damit verfügt das Parlament über die notwendigen Entscheidungsgrundlagen, wie dies in der Motion V2538 gefordert wurde.

¹ Siehe Motion V2538 mit Antwort des Gemeinderats, welche an der Parlamentsdebatte vom 9. Februar 2026 behandelt wurde: https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/23994/2026-02-09_T04_V2538%20Dringl.%20Motion%20%28GPK%29%20Grundlagen%20f%C3%BCr%20die%20Direktionsreform%20schaffen%2C%20Beantwortung.pdf?fp=1

2. Fragen 1 und 2: Welche Schnittstellen bestehen zwischen den Abteilungen? Wie häufig wird über diese Schnittstellen directionsübergreifend zusammengearbeitet?

Der Gemeinderat hat im Q1/2026 eine Schnittstellenanalyse in allen Abteilungen durchgeführt. Es wurden auch den Gemeinderatsmitgliedern direkt unterstellte Fachstellen einbezogen; der Einfachheit halber wird im Folgenden nur noch von Abteilungen gesprochen. Es wurden für alle Abteilungen folgende Daten erhoben:

- Hauptaufgaben (bei denen die Abteilung federführend bzw. in der Verantwortung ist)
- Abteilungen, zu denen in dieser Aufgabe Schnittstellen bestehen
- Kurze Beschreibung der Schnittstelle
- Häufigkeit der Interaktionen
 - gering = etwa einmal monatlich oder 12mal jährlich
 - mittel = etwa einmal wöchentlich oder 50mal jährlich
 - gross = laufend, d. h. mehrmals wöchentlich

Es wurden für alle Abteilungen die gleichen Informationen erhoben, ohne Unterscheidung zwischen Hauptprozessen/-aufgaben (= es werden direkt Leistungen für die Bürger:innen erbracht) und unterstützenden Querschnitts-/Supportaufgaben (= es werden Leistungen für andere Abteilungen der Gemeindeverwaltung erbracht, beispielsweise Leistungen in den Bereichen Personal, Finanzen oder Informatik).

Das detaillierte Resultat dieser Auflistung aller Schnittstellen in der Verwaltung und der Häufigkeit der Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen im Rahmen dieser Schnittstellen finden sich in Beilage 1.

Eine Schnittstelle im Sinne einer Zusammenarbeit ist immer zweiseitig, d. h. sie betrifft zwei Abteilungen. Insbesondere die Abteilungen, die Querschnittsfunktionen erbringen, haben mit sämtlichen anderen Abteilungen Schnittstellen. Im Gegensatz zu den Abteilungen, die Hauptprozesse erbringen, sind sie aber zwingend auf die anderen Abteilungen angewiesen, um ihre Leistungen erbringen zu können. Die Personalabteilung als Beispiel kann ihre Hauptaufgabe nicht erbringen, wenn sie keine Schnittstellen mit anderen Abteilungen hat. Die Abteilung Soziales, die eine Haupt-, nicht eine Supportaufgabe erfüllt, kann diese aber (zumindest eine gewisse Zeit, beispielsweise bis es personelle Wechsel gibt) ohne Schnittstelle mit der Personalabteilung erbringen. Die Personalabteilung ist in diesem Beispiel «abhängiger» von der Abteilung Soziales, wenn sie ihre Hauptaufgabe erfüllen will.

Die Einschätzung dieser «Abhängigkeit» oder eben Schnittstelle wurde aus der fachlichen Sicht der verantwortlichen Abteilungsleitenden vorgenommen. Sie haben die Intensität pro Schnittstelle quantitativ eingeschätzt (gering, mittel, gross). Zwecks Auswertung wird die Einschätzung in Zahlen "umgerechnet". Null bedeutet, dass keine Schnittstelle existiert und diese Schnittstelle nicht zur Erfüllung der Hauptaufgaben gebraucht wird. Das Maximum von 3 bedeutet grosse Häufigkeit, d.h. dass laufende Interaktionen mit einer Schnittstelle nötig sind, um die Hauptaufgaben erfüllen zu können. Dazwischen gibt es die Abstufungen mittlere Häufigkeit (2) und geringe Häufigkeit (1). Mit diesem Vorgehen wurde der Versuch vorgenommen, aus einer subjektiven Einschätzung der «Intensität einer Schnittstelle» eine messbare und auswertbare Grösse zu machen.

Das zusammengefasste Ergebnis in Form der nachfolgenden Tabelle zeigt in der Ordinate (y-Achse) die Angaben der Abteilungen, zu welchen anderen Abteilungen sie in welcher Qualität eine Zusammenarbeit brauchen, um ihre Hauptaufgabe zu erfüllen. Abteilungen mit hohen Werten erbringen ein «Angebot» (Dienstleistung) für andere Abteilungen, sie können ihre Leistung ohne die Schnittstelle zu anderen nicht erbringen.

Die Abszisse (x-Achse) zeigt auf, von welchen Abteilungen in welcher Qualität Leistungen erforderlich sind, damit die Leistungen erbracht werden können (Leistungen der anderen Abteilungen sind «nachgefragt», um die eigene Leistung erbringen zu können).

Exemplarisch kann die Tabelle am Beispiel der Personalabteilung wie folgt erklärt werden: Die Personalabteilung ist für das Erbringen ihrer Hauptaufgaben auf laufende Interaktionen mit sämtlichen anderen Abteilungen angewiesen (Zeile DPF-PA hat überall den Wert 3, insgesamt den Maximalwert 51). Das erklärt sich dadurch, dass die Personalabteilung eine Dienstleisterin für die anderen Abteilungen ist (eine Querschnittsdienstleisterin oder ein Supportprozess).

In der anderen Dimension der Tabelle, der Spalte DPF-PA, zeigt sich, dass nicht alle Abteilungen in gleichem Mass mit der Personalabteilung zusammenarbeiten, wenn sie ihre Hauptaufgaben erfüllen. Hier sind die Werte unterschiedlich, die Summe beträgt 28 oder 55 % des Maximalwerts von 51. Die Abteilung Bildung, soziale Einrichtungen und Sport (BSS) beispielsweise hat eine grosse Anzahl und verschiedene Gruppen von Mitarbeitenden (Verwaltungsangestellte, Jugendarbeiter:innen, Berater:innen, Schulleiter:innen und -sekretariate, Schulsozialarbeiter:innen, Tagesschulen, Hauswart:innen, etc.) und damit einen hohen Beratungsbedarf in Personalfragen, um ihre Hauptaufgaben zu erfüllen. Eine laufende Zusammenarbeit ist nötig, die Nachfrage nach Dienstleistungen der Personalabteilung für die Erfüllung ihrer Hauptaufgabe ist hoch (Wert 3). Die Fachstelle Kultur hingegen besteht aus nur zwei Mitarbeitenden und ist nur schon deshalb zur Erbringung ihrer Hauptaufgaben weniger auf die Personalabteilung angewiesen. Ihre Nachfrage nach Dienstleistungen der Personalabteilung ist tief.

		Nachfrage: Von diesen Abteilungen brauchen wir Inputs, um unsere Hauptaufgaben erfüllen zu können																		Summe	Ø pro Direktion
		DBS-AS	DBS-BSS	DPF-FA	DPF-FK	DPF-KOMM	DPF-KOP	DPF-KUL	DPF-PA	DPF-RE	DPF-STAB	DPV-AVU	DPV-BIK	DPV-PLAK	DSL-ASI	DSL-IMMO	DUB-AUL	DUB-GBET	DUB-IZ		
Angebot: Mit diesen Abteilungen brauchen wir eine Zusammenarbeit, um unsere Hauptaufgaben zu erfüllen	DBS-AS		1	1	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	2	16
	DBS-BSS	3		3	0	0	2	0	3	2	2	3	0	2	0	3	3	0	3	29	
	DPF-FA	3	3		3	3	3	3	3	3	2	3	3	3	3	3	3	3	3	51	50
	DPF-FK	3	3	3		3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	51	
	DPF-KOMM	2	2	2	2		2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	34	
	DPF-KOP	3	3	3	3	3		3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	51	
	DPF-KUL	0	0	2	0	1	0		0	2	1	0	0	0	0	2	1	0	0	9	
	DPF-PA	3	3	3	3	3	3	3		3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	51	
	DPF-RE	3	3	3	3	3	3	3	3		3	3	3	3	3	3	3	3	3	51	
	DPF-STAB	3	3	3	3	3	3	3	3	3		3	3	3	3	3	3	3	3	51	
	DPV-AVU	0	3	0	0	0	0	0	0	0	0		2	3	3	2	3	3	0	19	19
	DPV-BIK	0	0	0	0	0	0	0	0	0	0	3		3	3	0	3	3	0	15	
	DPV-PLAK	0	3	0	0	0	0	3	0	0	0	3	3		2	3	3	3	0	23	
	DSL-ASI	0	1	0	0	0	0	0	0	0	0	2	2	0		2	2	0	0	9	30
	DSL-IMMO	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3		3	3	3	51	
	DUB-AUL	0	1	0	0	2	0	2	0	0	0	2	0	2	2	2		2	0	15	
	DUB-GBET	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2	2		2	34	33
	DUB-IZ	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3	3		51	
Summe		31	37	31	25	29	27	33	28	29	28	41	35	38	38	39	43	37	28		
Ø pro Direktion		34						33					38		39		36				

Die Schnittstellenanalyse lässt grundsätzlich folgende Aussagen zu:

- Grundsätzlich gibt es eine grosse Anzahl von Schnittstellen über die gesamte Verwaltung zwischen allen Abteilungen und zwischen allen Direktionen. Es gibt keine Abteilungen, die ihre Hauptaufgaben autonom erfüllen können und gleichzeitig von keinen anderen Abteilungen zur Erfüllung ihrer Hauptaufgaben gebraucht werden (Wert von null als Zeilen- oder Spaltentotal).
- Die Abteilungen, die Querschnittsdienstleistungen erbringen, haben zur Erfüllung ihrer Hauptaufgaben laufend zwingende Schnittstellen mit allen anderen Abteilungen. Sie sind angebotsgetrieben, d. h. sie können ihr Angebot nicht ohne Schnittstelle zu anderen Abteilungen erbringen. Man kann aus der Tabelle sehr gut lesen, bei welchen Aufgaben es sich um Querschnittsdienstleistungen handelt. Diese haben eine Summe von hohen 51 bei der Summe pro Zeile:
 - Alle in der Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF), mit Ausnahme der Fachstelle Kultur
 - Die Immobilienabteilung in der Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL)
 - Das Informatikzentrum in der Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)

Aus der Zeilenanalyse (Summen pro Zeile) können folgende weiteren Aussagen gemacht werden:

- Nur wenige Abteilungen haben zur Erfüllung ihrer Hauptaufgaben eine vergleichsweise geringe Nachfrage nach Schnittstellen zu anderen Abteilungen. Das trifft vor allem auf die

Abteilung Soziales und in einem gewissen Mass auch auf die Fachstelle Kultur und die Abteilung Sicherheit zu (Werte 2, 9 und 9 in der Summe pro Zeile).

- Innerhalb der Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF) deklarieren die Abteilungen die grösste Nachfrage nach Dienstleistungen anderer Abteilungen der gleichen Direktion. Sie sehen sich bei der Erfüllung ihrer Hauptaufgabe mehr aufeinander angewiesen, als dies in anderen Direktionen der Fall ist (durchschnittlicher Wert von 50 bei den Zeilen in der DPF).
- Bei den Schnittstellen innerhalb der anderen vier Direktionen sind in der Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL) und der Direktion Umwelt und Betriebe (DUB) die Werte mit 30 und 33 durchschnittlich. In der Direktion Bildung und Soziales (DBS) (16) und in der Direktion Planung und Verkehr (DPV) (19) wird die Notwendigkeit von Schnittstellen innerhalb der Direktion tiefer gewertet. Das bedeutet, dass für die Abteilungen unter dem Dach dieser Direktion weniger aktive Zusammenarbeit mit den anderen Abteilungen nötig ist, um die Hauptaufgaben erfüllen zu können. Die Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS) braucht zur Erfüllung ihrer Hauptaufgaben beispielsweise vergleichsweise wenig Leistungen der Abteilung Soziales (AS) in der gleichen Direktion.

Aus der Spaltenanalyse (Summen pro Spalte) kann folgende Aussage gemacht werden:

- Das Total der Spalten bewegt sich in einem relativ engen Band zwischen 33 und 39 Punkten, entsprechend 65 – 76 % des Maximalwerts. Das sind mittlere bis hohe Werte. Sie bedeuten, dass die Abteilungen von anderen Abteilungen relativ häufig zur Aufgabenerfüllung benötigt werden (es gibt eine mittlere bis hohe Nachfrage nach ihren Dienstleistungen).
- Werden einzelne Abteilungen analysiert, fällt auf, dass die Abhängigkeit sich nicht spezifisch auf die eigene Direktion bezieht. Wieder am Beispiel der Personalabteilung (DPF-PA): Eine hohe Nachfrage nach den Dienstleistungen der PA deklarieren nicht nur die Abteilungen der DPF, sondern beispielsweise auch die Abteilungen DBS-BSS, DSL-IMMO, DUB-GBET und DUB-IZ.

Vertiefende Analysen (z. B. Medianwerte, Spannweiten) sind grundsätzlich möglich. Weil die zugrundeliegenden Daten aber notgedrungen auch auf subjektiven Einschätzungen zu den Schnittstellen beruhen, führt das zu einer quantitativen Scheingenaugigkeit, die dem Alltag der Abteilungen nicht gerecht wird.

3. Frage 3: Wie viel Mehraufwand generiert diese Zusammenarbeit, weil die beiden miteinander kommunizierenden Abteilungen nicht in der gleichen Direktion angesiedelt sind?

Grundsätzlich sollte rein durch die Angliederung in einer anderen Direktion kein oder nur ein geringer Mehraufwand in der Zusammenarbeit entstehen, weil die Zusammenarbeit in der Gemeindeverwaltung Köniz hauptsächlich direkt zwischen den Abteilungen erfolgt, nicht über die Direktion oder Generalsekretariate wie in anderen grösseren Verwaltungen (wie z. B. Stadt Bern, Kanton Bern). Kleinere Anpassungen wie z.B. die Neuordnung der Abteilungen Planung und Finanzen sind deshalb unter gewissen Voraussetzungen rasch und ohne grösseren Verwaltungsaufwand umsetzbar (siehe hierzu Bericht im Parlamentsantrag zur Anpassung des VOR, Kapitel 2.2 d). Grösseren Verschiebungen sind hingegen aufwändig und können die Ausgewogenheit (siehe Kapitel 4) aus dem Gleichgewicht bringen.

Die Analyse stützt diese Aussage:

- Sie zeigt, dass fast alle Abteilungen viele Schnittstellen mit vielen unterschiedlichen Abteilungen haben. Das bedeutet, dass sie häufig und direkt miteinander in Kontakt sind, um ihre Hauptaufgaben zu erfüllen. Die Zusammenarbeit erfolgt nicht über Stäbe oder Generalsekretariate, sondern direkt.
- Die Querschnittsdienstleister haben Maximalwerte bei der Häufigkeit der Schnittstellen zu anderen Abteilungen. Das zeigt, dass sie laufend direkt mit den anderen Abteilungen zusammenarbeiten, nicht über die Hierarchiestufe der Direktion.
- Die Analyse zeigt keine klar erkennbare «Direktionslogik» bei den Schnittstellen, viele Beziehungen laufen quer durch die ganze Organisation.

Die Schnittstellenanalyse zeigt zusammenfassend, dass die Zusammenarbeit zwischen den Abteilungen stark direkt und direktionsübergreifend erfolgt. Die hohe Anzahl und Verteilung der

Schnittstellen über die gesamte Verwaltung deutet darauf hin, dass die operative Zusammenarbeit primär zwischen den Abteilungen organisiert ist und weniger über die Direktionsstrukturen verläuft. Eine klare Konzentration der Schnittstellen innerhalb der Direktionen ist nicht erkennbar. Das bedeutet auch, dass die Direktionszugehörigkeit für die operative Zusammenarbeit von untergeordneter Bedeutung ist.

Dieses Ergebnis ist sicher auch darauf zurückzuführen, dass im Rahmen des Programms Verwaltungsreform (2022-2025) gezielt in die direktionsübergreifende Zusammenarbeit investiert wurde und verschiedene Massnahmen und Anpassungen zur Optimierung der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit umgesetzt wurden. Diese sollten einen möglichen Mehraufwand bei der Zusammenarbeit zwischen Abteilungen, welche nicht derselben Direktion zugeordnet sind, vorbeugen oder zumindest reduzieren. Unter Anderem wurden im Programm folgende Massnahmen umgesetzt:

- *Einheitlicher Aufgabenkatalog der Direktionssekretariate:* Für alle Direktionen wurde ein einheitlicher Grund-Katalog an Aufgaben festgelegt, die über ein Direktionssekretariat abgewickelt werden sollen. Damit verfügt jede Direktion ein Minimum an einheitlichen Sekretariatsdiensten, so dass die direktionsinterne Koordination sichergestellt ist und direktionsübergreifende Prozesse (z. B. Mitberichtsverfahren) möglichst einheitlich und effizient abgewickelt werden. Wie bereits ausgeführt, sind die Direktionssekretariate in Köniz vergleichsweise schlank (in der Regel nur eine Teilzeitstelle), da nur wenige Aufgaben via Direktionsebene umgesetzt werden. Gleichzeitig ist festzuhalten, dass in den letzten Jahren der Bedarf an Koordinations- und Führungsunterstützung auch auf Direktionsebene aufgrund der zunehmenden Anzahl und Komplexität der Aufgaben gestiegen ist.
- *Standardisierte Zusammenarbeitsmodelle für Abteilungen mit Querschnittaufgaben:* Als Resultat einer Analyse der zentralen Querschnittaufgaben wurden neu drei standardisierte Zusammenarbeitsmodelle für die Abteilungen und Fachstellen, welche Querschnittaufgaben für alle Direktionen und Abteilungen erbringen, festgelegt:
 - Modell 1 «Funktionsfamilie»: Eine Funktion ist für eine Querschnittsaufgabe in der ganzen Gemeindeverwaltung verantwortlich und hat definierte, permanente Ansprechpartner in den Direktionen. Dieses Modell kommt beispielsweise bei den Finanzen oder in der Informatik zum Einsatz. Die Ansprechpartner übernehmen ihrerseits eine direktions- oder abteilungsinterne Koordination.
 - Modell 2 «Business Partner»: Eine Funktion ist für eine Querschnittsaufgabe in der ganzen Gemeindeverwaltung verantwortlich. In der verantwortlichen Querschnittabteilung werden direkte Ansprechpersonen für die Direktionen bestimmt. Dieses Modell kommt beispielsweise im Personalwesen zur Anwendung. Die HR-Berater:innen sind der Personalabteilung unterstellt, aber für definierte Abteilungen zuständig.
 - Modell 3 «situative Zusammenarbeit»: Eine Funktion ist für eine Querschnittsaufgabe in der ganzen Gemeindeverwaltung zuständig, es gibt aber keine permanente Sekundärorganisation. Die Aufgabenteilung und die Zusammenarbeitsform ist für die verschiedenen Prozesse/Abläufe in Weisungen/Anleitungen festgelegt. Dieses Modell kommt beispielsweise im Antrags- und Mitberichtswesen unter Koordination der Stabsabteilung zur Anwendung, oder bei Unterstützungs- und Beratungsleistungen der Fachstelle Recht für alle Direktionen und Abteilungen.
- *Einheitliche Vorgaben für das Projektmanagement und die Projektorganisationen:* Da die Gemeindeverwaltung häufig in Projektstrukturen arbeitet, wurden die Vorgaben und Prozesse für die Arbeit in Projektorganisationen überarbeitet (u.a. Überarbeitung der Projektmanagement-Weisung mit klaren Vorgaben und Vorlagen zu Projektauftrag, Projektorganisation, Berichterstattung).²

² Weitere Ausführungen zur Verwaltungsreform und den umgesetzten Massnahmen finden sich im Schlussbericht zur Verwaltungsreform, welcher dem Parlament an der Sitzung vom 1. Dezember 2025 zur Kenntnisnahme vorgelegt wurde. Link: https://www.koeniz.ch/public/upload/assets/23840/2025-12-08_T14_Verwaltungs-%20und%20Direktionsreform%20Gemeinde%20K%C3%B6niz%20-%20Schlussbericht.pdf?fp=1

4. Frage 4: Gibt es noch weitere relevante Faktoren, die für einen Verbleib oder für einen Wechsel der Abteilung in einer Direktion sprechen?

Einleitend ist hier anzufügen, dass die Zuständigkeiten und Aufgaben des Gemeinderats in der Gemeindeordnung festgelegt sind (Art. 58 ff. GO). Der Gemeinderat nimmt diese Aufgaben als Gremium wahr. Alle wesentlichen Entscheidungen werden vom Gesamtgemeinderat als Kollegialgremium getroffen, sodass die Zuordnung einer Aufgabe bzw. einer Abteilung zu einer bestimmten Direktion weniger stark ins Gewicht fällt. Art. 63 GO weist dem Gemeindepräsidium innerhalb des Gremiums, gegenüber der Bevölkerung und Parter:innen sowie gegenüber der Gemeindeverwaltung eine Sonderrolle mit zusätzlichen Aufgaben zu³ (siehe hierzu die Stellungnahme des Gemeinderats vom 18. Oktober 2023 zur vom Parlament abgelehnten Umsetzungsvorlage der parlamentarischen Initiative „Gleiche Entlohnung für alle Gemeinderatsmitglieder“). Damit sind gewisse Aufgaben (z.B. Stabsaufgaben, interne Kontrollaufgaben) bereits aufgrund der GO der Präsidialdirektion zugeordnet.

Wie in Kapitel 3 dargelegt, spielt die Zuordnung einer Aufgabe/Abteilung zu einer Direktion auch hinsichtlich eines möglichen zusätzlichen Zusatzaufwands durch Schnittstellen eine untergeordnete Rolle. Weitere mögliche Kriterien können sein:

- *Ausgewogenheit:* Die Direktionen sollten vergleichbare Einflussmöglichkeiten bieten. Dieses Kriterium ist weitgehend subjektiv. Eine gewisse Objektivität ergibt sich durch die in den Aufgabenfelder unterschiedlichen Möglichkeiten zur Einflussnahme: In Aufgabengebieten wie dem Sozialen beispielsweise sind die Budgets und die Personalbestände zwar vergleichsweise hoch, der Gestaltungsspielraum ist vergleichsweise niedriger, weil das Aufgabengebiet zu einem grossen Teil darin besteht, kantonales Recht umzusetzen. Das Kriterium der Ausgewogenheit war eines der Kriterien bei der Zuordnung der Aufgaben bei der letzten grossen Direktionsreform in Köniz im 2010 (siehe hierzu auch die Ausführungen zu Frage 6).
- *Breite Abstützung:* Zwei Aufgaben können auch bewusst in verschiedenen Direktionen angesiedelt werden, mit dem Ziel der breiteren Abstützung. Damit soll verhindert werden, dass Themen nicht innerhalb einer Direktion ausgehandelt werden, sondern auf der Ebene Gemeinderat debattiert und entschieden werden. Unter anderem auf dieser Überlegung basiert auch die Absicht des Gemeinderats, die Finanz- und die Planungsabteilung im Austausch neu anzugliedern. Wenn die Aufgaben der Siedlungsplanung und des Verkehrs/der Verkehrsplanung nicht in der gleichen Direktion sind, werden die wichtigen Themen an der Schnittstelle dieser beiden Abteilungen auf Ebene Gemeinderat und nicht innerhalb der Direktion diskutiert und entschieden. Auch die Trennung der Finanzen vom Präsidium bezweckt eine breitere Abstützung (siehe hierzu weitere Ausführungen im parallel vorgelegten Antrag zur Anpassung des VOR).
- *Skaleneffekte bei homogenen oder vergleichbaren Aufgabenbereichen:* Ein weiteres Kriterium für die Gliederung der Aufgabenbereiche kann die Homogenität von Aufgabenbereichen sein. Vergleichbare Aufgaben erfordern ähnliche Profile der Mitarbeitenden und ähnliche Arbeitsinstrumente. Das bedeutet, dass mit zunehmender Grösse Skaleneffekte erzielt werden können (Beispiele: Stellvertretungslösungen, höhere Betriebsstunden pro Jahr bei Maschinen, gemeinsame Beschaffungen). Zudem sind die Entscheidungswege kürzer und der Koordinationsaufwand ist geringer, wenn ähnliche Aufgaben zentral durch die gleiche Organisationseinheit unter derselben Führung erbracht werden. Dieses Argument kommt bei der Neuorganisation des Facility Management und der Neuordnung der Badeanlagen zur Anwendung (vgl. paralleler Antrag zur Anpassung des Verwaltungsorganisationsreglements).
- *Umsetzbarkeit:* Die Gemeindeverwaltung Köniz wird nicht auf der «grünen Wiese» neu aufgebaut. Erfahrungen und politische Entscheidungen in der Vergangenheit haben zu der aktuellen Struktur geführt. Eine Veränderung der bestehenden Struktur ist mit konzeptionellem Aufwand und mit Risiken verbunden, z.B. Leistungseinbussen oder unbeabsichtigte

³ Art. 63 GO: Die Gemeindepräsidentin oder der Gemeindepräsident

- a) leitet den Gemeinderat;
- b) sorgt für die zeitgerechte, adäquate und koordinierte Erledigung der Aufgaben des Gemeinderates;
- c) stellt sicher, dass der Gemeinderat seine strategischen Aufgaben wahrnimmt;
- d) übt die Aufsicht über die Verwaltung und das Gemeindepersonal aus.

personelle Wechsel. Diesen Überlegungen ist bei der Beurteilung der Umsetzbarkeit ein Gewicht beizumessen.

- *Logik und Erklärbarkeit aus Sicht der Kund:innen und Mitarbeitenden:* Schliesslich hat auch eine für Aussenstehende und Mitarbeitende plausible Organisationsstruktur den Vorteil, dass Zuständigkeiten für einzelne Aufgaben rascher klar sind und weniger Koordinations- und Suchaufwand entsteht. Das wirkt sich nicht nur positiv auf die Effizienz aus, sondern auch auf die Zufriedenheit der Beteiligten mit der Leistungserbringung.

5. Frage 5: Wie ausgewogen ist die Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen?

Die Ausgewogenheit ist wie oben erläutert aus Sicht des Gemeinderats ein Kriterium zur Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen. Wie ebenfalls ausgeführt, ist aber weitgehend subjektiv, welche Aufgaben als wichtig erachtet werden oder nicht. Das macht eine objektive Beurteilung der «Ausgewogenheit» schwierig.

5.1 Rückblick Reorganisation «Köniz.fünf»

Im Bericht «Köniz.fünf: Anpassung der Verwaltungsorganisation an 5 x 80» vom 17. September 2008 hat sich der Gemeinderat nach dem Beschluss zum neuen Führungsmodell ausführlich mit der Frage der Ausgewogenheit befasst. Bereits damals hat er auf die starke Abhängigkeit von subjektiven Wertungen bei der Beurteilung der Ausgewogenheit hingewiesen. Trotzdem hat er drei Indikatoren für die Bedeutung analysiert:

- Die Anzahl politischer Vorstösse der Jahre 2003 – 2007 pro Abteilung (Vergangenheitsbetrachtung)
- Die Anzahl veröffentlichter Medieninformationen im Jahr 2007 pro Abteilung (Vergangenheitsbetrachtung)
- Die subjektive Einschätzung der Bedeutung der einzelnen Produkte durch die Mitglieder des Gemeinderates (Gegenwarts- und Zukunftsbetrachtung).

5.2 Rückblick Verwaltungsreform 2022

Anlässlich des Programms Verwaltungsreform (Teil Direktionsreform) hat der Gemeinderat im 2022 einen ausführlichen Vergleich mit anderen Gemeinden durchgeführt. Im Kanton Bern werden sechs der grössten Gemeinden verglichen (in Klammer die Einwohnerzahl Stand 2021): Köniz (43'000), Bern (134'300), Biel (56'400), Thun (43'600), Burgdorf (16'600) und Langenthal (15'800). Schweizweit werden zusätzlich die Gemeinden Uster (36'000 Einwohnende), Emmen (31'600), Nyon (22'500), Renens (20'900) und Bellinzona (43'400) analysiert. Sie wurden ausgewählt, weil sie wie Köniz Agglomerationsgemeinden und nicht Kantonshauptstädte sind und sich auch in der Einwohner:innenzahl vergleichen lassen (deshalb wurde z. B. auf Winterthur verzichtet) und weil sie sich in peripherer Lage zu einer grossen Stadt befinden (deshalb wurde z.B. auf La Chaux-de-Fonds verzichtet). Auf die beiden ähnlich grossen Genfer Gemeinden Vernier und Lancy wurde verzichtet, weil sie eine lediglich dreiköpfige Exekutive und damit ein nicht vergleichbares Organisationsmodell haben.

Der Vergleich zeigt, dass vergleichbare Städte die Frage nach der «Ausgewogenheit» unterschiedlich beantworten: Es gibt sehr unterschiedliche Aufgabenzuteilungen und keinen Standard, der sich bei den meisten Gemeinden durchgesetzt hätte. Das kann auf unterschiedliche Ausgangslagen oder auf unterschiedliche Präferenzen der Politik zurückzuführen sein. Die meisten von der Einwohner:innenzahl her mit Köniz vergleichbaren Gemeinden haben ein Modell mit 5 Direktionen und 5 vollamtlichen Exekutivmitgliedern, welche mehrere Verwaltungskader führen. Alle Gemeinden haben eine fixe Zuordnung von Aufgabenbereichen zu den Exekutivmitgliedern. In praktisch allen Gemeinden gibt es grosse Unterschiede hinsichtlich der Anzahl Mitarbeitenden pro Direktion. Auffällig ist, dass nur in Renens und Köniz die Finanzen der Präsidialdirektion zugeordnet sind, in allen anderen Gemeinden sind diese einer anderen Direktion zugeteilt. Die Stadtplanung/Stadtentwicklung ist demgegenüber in allen untersuchten Berner Gemeinden der Präsidialdirektion zugeordnet.

Als generelle Rückmeldung ist zudem stets betont worden, dass eine gute Zusammenarbeitskultur im Gemeinderatsgremium viel entscheidender ist als die Frage, welche Aufgabe welcher Direktion zugeordnet ist.

5.3 Fazit zur Frage der «Ausgewogenheit»

Bei der letzten grossen Direktionsreform im 2010 (Reduktion von 7 auf 5 Direktionen) sind Parlament und Gemeinderat zum Schluss gekommen, dass die Verteilung der Aufgaben auf die fünf neuen Direktionen ausgewogen ist. Der Gemeinderat beurteilt die Ausgewogenheit heute immer noch gleich.

Spezifisch auf die geplante Neuordnung der Aufgaben Finanzen und Planung geht das separate Geschäft "Anpassung der Verwaltungsreglements (VOR)" des Gemeinderats ein. Die beiden Abteilungen sind etwa gleich gross und bieten nach Ansicht des Gemeinderats auch vergleichbare Einflussmöglichkeiten, womit die Beurteilung der Ausgewogenheit unverändert bleibt.

6. Frage 6: Welches sind die Vor- und Nachteile der Vorgaben zur Organisationsstruktur in GO und VOR, über die der Gemeinderat nicht selbst bestimmen kann? Ist die Flexibilität heute ausreichend?

Die rechtlichen Grundlagen der Gemeinde Köniz sehen vor, dass der Zuteilung der wichtigsten Aufgaben der Direktionen im Verwaltungsorganisationsreglement (VOR) durch das Parlament beschlossen werden. Diese Kompetenzzuordnung ermöglicht es dem Parlament, bei offensichtlich ungerechtfertigten Ungleichgewichten einzugreifen. Der Gemeinderat erachtet dies als angemessen; das Parlament hat im Rahmen seiner übergeordneten strategischen Oberaufsichtsaufgabe hier auch eine gewisse Verantwortung. Der Gemeinderat beantragt keine Änderung der Kompetenzen in dieser Frage. Im Sinne der Gewaltenteilung und einer effizienten Verwaltung ist der Gemeinderat hingegen darauf angewiesen, seine operativen Aufgaben im Vollzug mit der hierfür notwendigen Flexibilität selbstständig wahrnehmen zu können, wobei organisatorische Vorgaben des Parlaments so gestaltet sein sollten, dass diese auf der strategischen Ebene angesiedelt sind und die Handlungsfähigkeit der Exekutive und der Verwaltung nicht beeinträchtigen.

7. Zusammenfassende Einschätzungen des Gemeinderats

Die Schnittstellenanalyse aller Abteilungen und den Gemeinderatsmitgliedern fachlich direkt unterstellten Fachstellen der Gemeindeverwaltung Köniz zeigt auf, dass es eine grosse Anzahl von Schnittstellen über die gesamte Verwaltung zwischen allen Abteilungen und zwischen allen Direktionen gibt. Gleichzeitig zeigt sie auf, dass rein durch die Angliederung in einer anderen Direktion kein oder nur ein geringer Mehraufwand in der Zusammenarbeit entstehen, weil die Zusammenarbeit in der Gemeindeverwaltung Köniz grösstenteils zwischen den Abteilungen erfolgt und nicht über die Ebene Direktion. Andere Elemente wie gut funktionierende Instrumente der direktionsübergreifenden Zusammenarbeit, die verstärkte Arbeit in Projektstrukturen und vor allem eine gute Zusammenarbeit im Gemeinderatsgremium sind wichtiger als die blosser Zuteilung zu einer Direktion. Der Gemeinderat ist deshalb der Ansicht, dass aus der Schnittstellenbetrachtung kein unmittelbarer Bedarf zur Neugliederung der Direktionen abgeleitet werden kann.

Darüber hinaus bestätigt der Gemeinderat seine Ansicht, dass sich die aktuelle Verteilung der Aufgaben auf die Direktionen eingespielt hat und gut funktioniert. Er sieht deshalb keinen Anlass, die Zuteilung der Aufgaben, nachdem diese in der letzten Legislatur überprüft wurde, im Sinne einer grossen Direktionsreform erneut grundsätzlich in Frage zu stellen. Ein solches Vorhaben würde zu Aufwand und Risiken führen, ohne ein erkennbares positives Potenzial zu haben.

Wie bereits im Schlussbericht zur Verwaltungsreform erwähnt, sieht der Gemeinderat es als ständige Aufgabe, Aufgabenteilung, Zusammenarbeit und Organisationskultur laufend zu überwachen und auf sich verändernde Gegebenheiten auszurichten. Solche Entwicklungsprozesse sollten seiner Ansicht nach evolutiv stattfinden und nicht durch regelmässiges Infragestellen der ganzen Struktur. Deshalb legt der Gemeinderat in einem separaten Antrag dem Parlament gezielte Anpassungen bei der Aufgabenzuteilung mittels Revision des Verwaltungsorganisationsreglements vor, die aus seiner Sicht und gestützt auf bisherige Erfahrungen einen Mehrwert für die Organisation schaffen.

Der Gemeinderat, 29. April 2026

Beilage 1: Analyse der wichtigsten Schnittstellen in der Verwaltung

Beilage 1: Analyse der wichtigsten Schnittstellen in der Verwaltung

Beschreibung

In der nachfolgenden Liste sind für jede Abteilung der Gemeindeverwaltung Köniz¹ für deren Hauptaufgaben (bei denen die Abteilung federführend bzw. in der Verantwortung ist) die wichtigsten Schnittstellen aufgeführt, mit folgenden Angaben:

- Abteilungen, zu denen in dieser Aufgabe Schnittstellen bestehen
- Kurzbeschreibung der Schnittstelle/n
- Häufigkeit der Interaktionen
 - gering = etwa einmal monatlich oder 12mal jährlich
 - mittel = etwa einmal wöchentlich oder 50mal jährlich
 - gross = laufend, d. h. mehrmals wöchentlich

Direktion Präsidiales und Finanzen (DPF)

Stabsabteilung (STAB)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Gemeinderatssekretariat führen	alle ABT	GRAs: Vorlagen, Koordination Anträge, Eröffnung Beschlüsse, Information/Beratung	gross (FA, PA, PLAK, AVU, BSS, KOMM) mittel (übrige ABT)
Gemeindekanzlei führen	alle ABT	Zuweisung Post, Zuweisung Vernehmlassungen, Koordination Kanzleianfragen, Bürgeranliegen, etc.	gross
Jahresbericht koordinieren und erstellen	alle ABT	Vorlagen, Koordination Inputs, Qualitätskontrolle	gering
Legislaturplan koordinieren	alle ABT	Erarbeitung (alle 4 Jahre) Controlling (jährlich)	mittel gering
Aktenführung und Archivierung sicherstellen	alle ABT		gross: IZ mittel: alle übrigen ABT
Druckerei-Dienstleistungen anbieten	alle ABT	Interne Druckerei für die gesamte Verwaltung	mittel
Interne Dienste sicherstellen	alle ABT	Zentrale Loge, Koordination Weisungen/Handbuch Organisation, Büromaterial, Zeitschriftenabos etc.	mittel
Kaderkonferenz leiten	alle ABT	6-8 Sitzungen Kaderkonferenz/Jahr	gering
Digitalisierung der Gemeindeverwaltung vorantreiben	IZ	Co-Leitung Ausschuss Digitalisierung, GEVER-Leitung	mittel

¹ Inkl. die den Gemeinderatsmitgliedern fachlich direkt unterstellten Fachstellen.
koeniz 0.3.2.2.2 / 384.10 / 1122026

Personalabteilung (PA)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Gewinnung	Alle ABT	Gemeinsame Rekrutierungen	mittel
Betreuung	Alle ABT	Beratung Personalgeschäfte	gross
Honorierung	Alle ABT	Budgetierung Personalaufwand	gering
	FA	Zahlungen ML und Std.-löhne	mittel
	FA	Verbuchung ML und Std.-Löhne	mittel
	FA	Personalcontrolling	gering
Entwicklung	Alle ABT	Beratung Personalgeschäfte	Gross
Trennung	Alle ABT	Beratung Personalgeschäfte	mittel

Finanzabteilung (FA)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Jahresabschluss	Alle ABT	Koordination und Durchführung des Jahresabschlusses (Belege und Kommentare Einfordern, Berichte zur Verfügung stellen, Kick Off durchführen, Unterstützung zuständiger Mitarbeiter:innen	gross
Budget / IAFP	Alle ABT	Koordination und Durchführung des Budgets/IAFP-Prozesses, Durchführung Kick Off's, Weiterentwicklung der entsprechenden Tools	gross
Mitberichte	Alle ABT	Stellungnahme der Finanzabteilung zu allen GRA welche etwelche finanzielle Auswirkungen beinhalten. Unterstützung zuständiger Mitarbeiter:innen	gross,
Tagesgeschäft Rechnungswesen	Alle ABT	Behandlung von Kreditoren / Debitorenrechnungen, MWST-Fragen, Rechnungslegungsthemen, Anlagenbuchhaltung (Investitionen); Liquiditätsplanung und -Beschaffung. Unterstützung zuständiger Mitarbeiter:innen	gross
Tagesgeschäft Controlling	Alle Abt.	Steuerungsdaten / Berichte (Nachkredite, Verpflichtungskredite, Hochrechnungen; themenbezogene Reports etc.), Mitberichte. Unterstützung zuständiger Mitarbeiter:innen	gross
Tagesgeschäft Steuerverwaltung	ASI/Einwohnerkontrollen	Zur Führung des Steuerregisters und der damit verbundenen An- und Abmeldung von natürlichen und juristischen Personen sind aktuelle Daten der Einwohnerkontrolle notwendig	mittel
Projekte (inkl. Digitalisierung)	Alle ABT	Einführung neuer Release ERP und damit einhergehend	mittel

		Einführung Digitalisierung Transaktionaler Prozesse wie Kreditoren Workflow, bestellbezogenen Workflow, Organisations- und Themenreporting.	
--	--	---	--

Fachstelle Recht (RE)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Gemeinderecht führen	Alle ABT PLAK	Nachführen ZPP-Vorschriften des Baureglements	gering
Mitberichte verfassen	FA	Abstimmen der Mitberichte RE und FA	gross
Rechtliche Abklärungen und Beratung des Gemeinderats und aller Direktionen und Abteilungen	Alle ABT		gross
Mitarbeit in Rechtsetzungsprojekten	Alle ABT		gross

Finanzkontrolle (FK)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Prüfung der Jahresrechnung (interne Vorarbeiten für das Rechnungsprüfungsorgan)	FA	Laufende Absprachen von Januar bis Ende April zu diversen Abschluss Themen	gross (Jan.-Apr.)
Vorrevision Jahresrechnung	Alle ABT	Die Themen für die Vorrevision werden jährlich alternierend gewählt. Es sind nicht immer sämtliche Abteilungen von den Prüfungen betroffen. Bei den Abteilungen werden Dokumente, Auskünfte, etc. eingeholt.	mittel (Sept.-Nov.)
Prüfung der Kreditabrechnungen	Alle ABT	Rücksprache mit den Abteilungen (Erklärungen zur Abrechnung, weitere Auskünfte/Unterlage), Einholen der Stellungnahme bei den Abteilungen zum GRA	gering
Verpflichtungskredite: Mahnwesen, Liste GPK	Alle ABT	Regelmässige Konfrontation der Abteilungen mit den für die Abrechnung fälligen Krediten, Einholen von Begründungen, resp. Aufforderung zur Abrechnung	gering
Koordination und Berichterstattung Risikomanagement	Alle ABT	Jährliche Aktualisierung des Risikokataloges, Klausur Risikomanagement	gering

Sonderaufgaben durch GR oder Finanzkommission	Alle ABT	Bei den von den Abklärungen betroffenen Abteilungen werden Dokumente, Auskünfte, etc. eingeholt.	gering
Interne Revision der Gemeindeverwaltung	Alle ABT	Bspw. Dienststellenrevisionen, IKS, etc. Bei den von den Abklärungen betroffenen Abteilungen werden Dokumente, Auskünfte, etc. eingeholt.	gering

Fachstelle Kommunikation (KOMM)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Projektkommunikation	Alle ABT	Integrierte Kommunikation zu Geschäften und Projekten	mittel
Medienarbeit	Alle ABT	Medienmitteilungen erarbeiten, Medienanfragen beantworten	mittel
Issue Management	Alle ABT	Erkennen, Analysieren und Steuern von heiklen Themen (Issues)	gering
Interne Kommunikation	Alle ABT		gering
Digitale Kommunikation (Website, App, Social Media)	Alle ABT	Neue Inhalte erarbeiten und aktualisieren, Projektleitung neues Intranet	gross

Fachstelle Kultur (KUL)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Planung und Realisierung von kulturellen Anlässen	FS KOMM	Kommunikation der Veranstaltungen	gering
Verantwortung für die Pflege und Weiterentwicklung der gemeindeeigenen Kunstsammlung	IMMO	Unterhalt Archivraum; Mithilfe durch die Hausdienste	gering
Verwaltungsübergreifende Koordination und Ansprechperson von kulturellen Grossanlässen	ASI; KOMM; STAB; IMMO; AUL; AVU	Abklärung/Koordination/Abwicklung von Anfragen von Veranstaltern; Abklären von Verfügbarkeiten Räume/Strassen/Plätze, Einschränkungen, Anforderungen	gering
Leitung von Grossprojekten mit kulturellem Hintergrund	FS Recht; FA; IMMO; PLAK	Einholen von Expertisen; Mitarbeit in Fachgruppen; Mitarbeit als Co-Leitung;	mittel

Fachstelle Gesamtkoordination Grossprojekte (KOP)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Interne und externe Gesamtkoordination bei Grossprojekten	Alle ABT	Übergeordnete Projektkoordination, im Auftrag des Gemeinderats	gross
(Neutrale) Vermittlung bei Zielkonflikten innerhalb der Gemeinde	Alle ABT		mittel
Beratung/Wissensvermittlung/Erfahrungsaustausch im Bereich Projektmanagement	Alle ABT	Erarbeitung von Vorgaben (z.B. PM-Weisung), Beratung in Projekten	mittel
Zentrale Anlaufstelle für die Projektpartner:innen im Sinne einer Bauherrenvertretung	Alle ABT	Bei Grossprojekten, jeweils im Auftrag des Gemeinderats	mittel

Direktion Planung und Verkehr (DPV)

Planungsabteilung (PLAK)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Erlass und Nachführung der Ortsplanung (strategische Grundlagen wie Raumstrategie aber auch grundeigentümerverbindliche baurechtliche Grundordnung)	AVU, BIK, BSS, IMMO, AUL, GBET, KUL	Bedürfnisabklärung, Auslegeordnung, Grundlage für Interessensabwägung nach RPG schaffen	gross – mittel (abhängig von der Anzahl laufender Teilprojekte sowie den einzelnen Projektinhalten und -phasen)
Durchführung von qualitätssichernden Verfahren als Grundlage für Planungsinstrumente	AVU, BIK, BSS, IMMO, AUL, GBET, KUL	Bedürfnisabklärung, Auslegeordnung, Grundlage für Verfahrensprogramm schaffen, Expert:innen aus Fachabteilungen in die Q-Verfahren einbinden	gross – mittel (abhängig vom Projekt und von der Projektphase)
Erlass bzw. Revision von Sondernutzungsplanungen (Überbauungsordnungen) für Arealentwicklungen	AVU, BIK, BSS, IMMO, AUL, GBET, KUL	Bedürfnisabklärung, Auslegeordnung, Grundlage für Interessensabwägung nach RPG schaffen	gross – mittel (abhängig vom Projekt und von der Projektphase)
Freiraumplanung, Umsetzung Freiraumstrategie	AUL, AVU, IMMO, KUL, BSS, GBET	- Koordination Plattform Freiraum - Umsetzung konkreter Massnahmen	gross: AUL, AVU gering-mittel: IMMO, KUL, BSS, GBET
Sicherstellung der Umsetzung kommunalen Raumplanung	BIK	Unterstützung Bauinspektorat bei der Prüfung von Voranfragen und Baugesuchen – Auslegung baurechtliche Grundordnung und Praxisbildung der Gemeinde	gross
Bau- und Planungskommission	BIK	Organisation, Vor- und Nachbereitung der Geschäfte, Einsitz Kommission gem. Reglement, Augenscheinen etc.	gross
Ausbildung (Praktikum und Berufsbildung Zeichner:in EFZ)	AVU, BIK, IMMO, AUL, GBET	Kurzpraktika in anderen Abteilungen, abhängig von Vorgaben im Bildungsplan	mittel
Raumbeobachtung (Monitoring Entwicklung und Erstellen von Prognosen)	ASI, BSS, GBET	Bezug von Rohdaten für Auswertungen, Erstellen von Auswertungen / Prognosen für Jahresbericht und/oder z.H. Fach-ABT, z.B. Erstellen der SuS-Prognosen	mittel-gering
Umsetzung Wohnstrategie	IMMO, AUL, BSS, KOMM, FS KOP	Arbeitsgruppe Umsetzung Wohnstrategie	gering

Koordination Spezialfinanzierung "Ausgleich von Planungsvorteilen"	AVU, IMMO, BSS, AUL, KUL	Koordinationssitzung Monitoring und Controlling (2x pro Jahr)	gering
--	--------------------------	---	--------

Abteilung Verkehr und Unterhalt (AVU)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Planung Strassensanierung/-gestaltung	AUL, PLAK, GBET, ASI	Bedürfnisse abholen und inhaltl. und zeitl. Koordination	gross
Umsetzung Fuss Velo Köniz für Zielgruppen	a) BSS b) IMMO	Unterstützung anderer ABT bei Mobilitätsanliegen Fuss/Velo	a) gross b) mittel
Verkehrsaspekte bei Arealen	a) PLAK, IMMO b) ASI, KOP, AUL, BIK	Konzepterarbeitung, abholen und inhaltl./zeitl. Koord. der Bedürfnisse	a) mittel b) gering
Erarbeitung Grundlagen im Verkehrsreich	GBET, PLAK, AUL	Konzepte, Daten, GIS, usw.	mittel
Baukoordination Verkehrsinfrastrukturprojekte	a) GBET, BIK b) AUL, IMMO, PLAK c) ASI, BSS	Baukoordination Phase Realisierung	a) gross b) mittel c) gering
Werkstattbetrieb	GBET, AUL, BSS, ASI	Beschaffen, unterhalten und ersetzen von Fahrzeugen, Geräten, Maschinen für die Gemeindeverwaltung	gross
Transportdienstleistungen Gesamtgemeinde	a) AUL b) BSS, GBET	Disponieren, transportieren für die Gemeindeverwaltung	a) gross b) mittel
Dienstleistungen für Dritte (personell, baulich)	IMMO, AUL, GBET, BSS	Personalausleihe, Bauaufgaben, Winterdienst, usw.	gering
Mitarbeit bei der Areal-Erhaltung/-entwicklung A101	GBET, AUL, IMMO	Koordination und Mitgestaltung der Aufgaben im Areal A101 zur Aufrechterhaltung der Betriebseffizienz	mittel
Management Strassenbaustellen	KOMM, ASI	Koordination externe Kommunikation	mittel
GR-/PARA-Geschäftsintegration	GBET, IMMO, AUL	Kreditanträge anderer ABT in AVU-Anträge einbinden (gemeinsame Vorhaben)	gering

Bauinspektorat (BIK)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Durchführung Baubewilligungsverfahren	PLAK, AVU, AUL, GBET, POL, SRK	Koordination / Vernehmlassung interne sowie externe Amts- und Fachstellen -> es sind nicht immer in jedem Fall alle Fachabteilungen/-stellen involviert.	gross

		-> PLAK (Praxisbildung in Bezug auf die Auslegung der baurechtlichen Grundordnung) -> AVU sämtliche Bauprojekte in Strassennähe / Strassenanschlüsse	
Baukontrolle /Baupolizei	PLAK, AVU, AUL, GEBET, POL	Überwachung gesetzliche Ordnung im Bauwesen, Einhaltung Bedingungen und Auflagen von Baubewilligungen, Erlass Verfügungen (Beizug Fachabteilungen bezüglich spezifischen Fachwissens)	mittel - gering
Reklamewesen	PLAK, AUL, AVU, POL	Vollzug Reklamenordnung	mittel
Beurteilung Voranfragen	PLAK, AVU, AUL, GEBET, POL SRK	Koordination / Vernehmlassung interne sowie externe Amts- und Fachstellen -> es sind nicht immer in jedem Fall alle Fachabteilungen/-stellen involviert. -> PLAK sowie AVU sind aufgrund überschneidender Themen (Strassenanschlüsse / Umsetzung Nutzungsplanung) sehr häufig betroffen	gross
Bau- und Planungskommission	PLAK	Organisation, Vorbereitungssitzungen, Allgemeine Unterstützung in einem BPK-Geschäft, Teilnahme an Sitzungen gemäss Reglement für die BPK	gross
Ausbildung (KV EFZ)	PLAK, AVU	Stage in der Planungsabteilung sowie Abteilung Verkehr und Unterhalt	gering

Direktion Bildung und Soziales (DBS)

Abteilung Bildung, Soziale Einrichtungen und Sport (BSS)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Strategische Steuerung Volksschule	IMMO, PA, FA, FS RE, IZ, AS, AUL, AVU	Governance der Volksschule, Personalfragen Schul- und Tagesschulleitungen, rechtliche Klärungen, Budgetsteuerung	gross
Schulraumplanung und Infrastruktur Volksschule	IMMO, PLAK, FA, KOP	Bedarfsanalyse von Schulraumprojekten (Neubauten, Erweiterungen, Provisorien)	mittel
Betrieb und Steuerung Tagesschulen	FA, PA, IMMO	Personalbewirtschaftung Tagesschulen, Budget, organisatorische Rahmenbedingungen	mittel
Schulsozialarbeit und Prävention	AS, FA	Koordination Präventionsangebote, Schnittstellen zu Sozialdiensten und Budgetsteuerung	mittel
Sportförderung und Betrieb gemeindlicher Sportanlagen	IMMO, RE, FA		mittel
Zusammenarbeit mit Vereinen und externen Trägerschaften	FA, RE, IMMO, STAB	Projektsteuerung bei grösseren Vorhaben (Bibliotheken, Musikschule, Gemeinschaftszentren)	mittel
Angebote für ältere Menschen	IMMO, AS, AVU	Koordination von Angeboten für ältere Menschen (Begegnung, Bewegung, Teilhabe), teilweise Nutzung von Infrastruktur	mittel

Abteilung Soziales (AS)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Wirtschaftliche Hilfe ausrichten	FA	Geld bereitstellen auf Postfinanzkonto mittels Dauerauftrags	gering
Abrechnung Lastenausgleich Sozialhilfe	BSS	BSS muss Unterlagen bereitstellen damit wir LA-Abrechnung erstellen können	gering

Direktion Sicherheit und Liegenschaften (DSL)

Abteilung Sicherheit (ASI)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Einwohnerdienste	BIK	Wohnungszuteilung für Gebäude- und Wohnungsregister	mittel
Polizeiinspektorat	AVU	Absprache allg. Verkehrsthematik	mittel
Polizeiinspektorat	AUL	Veranstaltungs- und Lärmthemen	mittel
Polizeiinspektorat	BSS	Veranstaltungen auf Schulgelände	gering
Schutz+Rettung	Immo/baulicher Zivilschutz	Regelmässiger Austausch zu gemeinsamen Themen	mittel

Abteilung Immobilien (IMMO)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Bestellprozess Raum-anliegen	Alle ABT	Mehrbedarf an Raum oder räumlichen Anpassungen	mittel
Schlüsselbewirtschaftung GHB	Alle ABT GHB	Ausgabe von Schlüsseln	mittel
Bauprojekte und Unterhalt	Alle ABT	Bauprojekte und Unterhalt der Objekte durchführen. Jahresplanung für laufenden und periodischen Unterhalt, Abstimmung mit Betrieb und Budget	gross
Möbelbewirtschaftung	Alle ABT Verwaltungsstandorte	Möbelbestellungen	mittel
Mietvertragsmanagement gemeindeeigene Objekte (inkl. Spezialfinanzierung)	Alle ABT	Erstellen, Anpassen und Verwalten von Mietverträgen für Verwaltungs- und Drittobjekte	mittel
Investitionsplanung Immobilien	Alle ABT	Koordination von Sanierungs- und Investitionsbedarf, Priorisierung im Budgetprozess	gross
Umzüge und interne Rochaden	Alle ABT	Planung und Koordination von Arbeitsplatzumzügen, Mobiliar, Zutritten und Infrastruktur	mittel
Reinigung und Facility Services	Alle ABT Verwaltungsstandorte	Koordination von Reinigungsleistungen, Qualitätskontrolle und Anpassungen bei Nutzung	mittel
Energie und Nachhaltigkeitsmanagement	AUL	Erhebung von Verbrauchsdaten, Massnahmenplanung und Reporting zu Energieeffizienz (Bauprojekte)	gering

Direktion Umwelt und Betriebe (DUB)

Abteilung Umwelt und Landschaft (AUL)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Koordination "Bauprojekte" (Grünräume, Baumpflanzungen, etc.)	AVU, GBET, IMMO, PLAK	Nutzen von Schnittstellen, verhindern von Konflikten durch koordiniertes Bauen. (online INFRAKOORD)	mittel
Baulicher Unterhalt und Vermietung der Friedhofgebäude	IMMO	Die Verantwortung für die Gebäude liegt bei der AUL, die Räumlichkeiten werden durch die AUL an die FH-Gärtner und Bestatter vermietet. IMMO besorgt den baulichen Unterhalt im Auftrag der AUL.	mittel – hoch
Bewilligung Anlässe im Liebefeld Park	ASI (Polizeiinspektorat)	Für die Bewilligung von Anlässen im Liebefeld Park ist die AUL zuständig. Das Polizeiinspektorat ist im Rahmen seiner Zuständigkeit für die gewerblichen Bewilligungen zuständig.	Mittel
Baulicher Unterhalt und Vermietung des Bistros im Park	IMMO	Die Verantwortung für den Liebefeld Park mit dem Bistro liegt bei der AUL dies gilt auch für den Mietvertrag mit dem Bistrobetreiber. Der Bistrobetreiber ist für den Unterhalt des Bistrocontainers und dessen Einrichtung verantwortlich. IMMO besorgt den verbleibenden baulichen Unterhalt im Auftrag der AUL.	Gering
Entsorgungshof (Werkhof)	GBET, AVU	Verantwortung bei der AUL, Koordination und Absprache zum Betrieb im und um das Gebäude mit AVU und GBET.	Hoch
Unterhalt der Grünflächen/ Friedhöfe	AVU DZU, IMMO, BSS	Abstimmung im Rahmen der Ausschreibungen der Grünpflege durch die AUL	Gering
Umsetzung Biodiversitätskonzept	AVU, IMMO, BSS	Federführung und Controlling bei der AUL, Unterstützung und Koordination für die Umsetzung der anderen Abteilungen	Mittel
Klima- und Energieausschuss	AVU, PLAK, BSS, GBET, PA, FA, KOMM, IMMO	Auftrag gemäss Weisung 9 W 1 (Koordination und Steuerung der Klima- und Energiemassnahmen der Gemeinde Köniz; Klima- und Energieausschuss)	Mittel
Klimamassnahmenpaket	AVU, IMMO, GBET, PLAK	Controlling durch die AUL FS Umwelt und Energie (Klimaschutzreglement Art. 9 Abs. 2 und 3)	mittel – hoch
Spezialfinanzierung Klimaschutz	Alle Abteilungen	Federführung bei der AUL FS UE (Klimaschutzreglement Art. 8)	mittel

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Betriebskommission Areal 101	AVU, GBET, IMMO	Wechselnde Federführung; aktuell bei der AUL. Koordination des Betriebs im Areal 101, Koordination der Unterhaltsarbeiten an der Infrastruktur und den Gebäuden	hoch
Plattform Freiraum	PLAK, AVU, IMMO, BSS, KUL, GBET	Federführung wechselnd AUL – PLAK; Koordination der strategischen Plattform Freiraum	mittel

Abteilung Gemeindebetriebe (GBET)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Führen des Geoportals	Alle ABT	Bereitstellen der verschiedenen Geodaten der Gde. als Geodatenlayer oder GIS-Applikationen	mittel
Datenverwaltungsstelle Leitungskataster	Fast alle ABT	Managen der Planauskünfte für Leitungskataster aller Medien plus die Führung der Werkinformation Wasser	gross
Gebühren-Kunden-Management	AUL / ASI Einwohnerkontrolle	Verwalten und verrechnen der Abfall-, Trinkwasser- und Abwassergebühren inkl. Verrechnen der einmaligen und wiederkehrenden Gebühren	gross
Pikettdienst WV	ASI Feuerwehr/Polizei	Pikettdienst der WV, Hydrantenutzung/-Kontrolle	mittel
Koordination "Bauprojekte"	AUL, AVU, IMMO, PLAK, (GBET)	Nutzung von Synergien durch gemeinsames, koordiniertes Bauen <ul style="list-style-type: none"> - online INFRAKOORD (GIS App) - das koordinierte Bauen selber 	mittel
Gebäudemanagement	IMMO	Areal101 sowie div. Anlagen von SE und WV	gering
Führen des (Direktions) Sekretariat	AUL	Die Sekretariatsdienste der DUB sind im DZ AUB zusammengefasst	gross

Abteilung Informatikzentrum (IZ)

Hauptaufgabe	Abteilungen mit Schnittstellen	Kurzbeschreibung der Schnittstellen	Häufigkeit der Interaktionen
Betrieb und Unterhalt der IT-Infrastruktur	Alle ABT	Sicherstellen des stabilen Betriebs von Servern, Netzwerken, Arbeitsplätzen und Basisdiensten	gross
Applikationsbetrieb und Fachsoftware-Support	Alle ABT	Betreuung, Wartung und Weiterentwicklung von Fachapplikationen (z. B. Einwohnerkontrolle,	gross

		Bauverwaltung, Finanzen, Steuern, Sozialdienste)	
Benutzer;innen-Support (Helpdesk)	Alle ABT	Unterstützung der Mitarbeitenden bei IT-Problemen, Benutzerverwaltung sowie Schulung im Umgang mit Systemen	gross
IT-Sicherheit und Datenschutz	Alle ABT	Schutz der Systeme und Daten, Umsetzung gesetzlicher Vorgaben sowie Sensibilisierung der Mitarbeitenden	mittel
Digitalisierung und Prozessoptimierung	STAB, alle ABT	Analyse, Digitalisierung und Automatisierung von Verwaltungsprozessen sowie Einführung neuer digitaler Dienstleistungen für Bevölkerung und Mitarbeitende	mittel
IT-Vorhaben-, Projektmanagement	Alle ABT	Planung, Umsetzung und Steuerung von IT-Vorhaben-, Projekten inkl. Koordination mit internen und externen Anspruchsgruppen	mittel
Datenmanagement und Reporting	Alle ABT	Sicherstellung der Datenqualität, Verwaltung von Schnittstellen zwischen Systemen sowie Bereitstellung von Auswertungen und Statistiken	mittel
Beschaffung und Lizenzmanagement	Alle ABT	Evaluation, Beschaffung und Verwaltung von Hard- und Software sowie Lizenz- und Vertragsmanagement	mittel

Der Gemeinderat, Köniz, 29.April 2026